

IV. Befragung von Lehrpersonen und SchulpsychologInnen

Um eine ExpertInnensicht auf zentrale Befunde der empirischen Erhebung bei Wiener SchülerInnen zu erhalten, wurden SchulvertreterInnen der verschiedenen Sparten sowie VertreterInnen der Schulpsychologie/Bildungsberatung mittels leitfadengestützter Interviews befragt. Die Kontakte wurden überwiegend durch den Stadtschulrat für Wien bereitgestellt.

IV. 1 Einschätzung des Ausmaßes und der Motivlagen zur Erwerbsarbeit aus der Perspektive der Befragten

Die befragten PädagogInnen und BeraterInnen sind von dem mittels der quantitativen Befragung ermittelten Ausmaß der Erwerbsarbeit von SchülerInnen während des Semesters eher wenig überrascht. Die meisten hatten bereits viele Hinweise darauf aus dem Kontakt mit SchülerInnen und LehrerInnen. Nur zwei Schulleitungen einer technischen sowie einer kaufmännischen BMHS sowie ein/e befragte/r LehrerIn an einer AHS hätten den Anteil nicht so hoch geschätzt, wenngleich Ihnen das Phänomen selbst gut bekannt war.

Auch bei der Einschätzung der Motivlagen auf Seiten der SchülerInnen widersprechen sich die Beobachtungen der befragten PädagogInnen und BeraterInnen nicht, wobei doch verschiedene Aspekte betont werden. So wird fast durchgängig darauf verwiesen, dass an erster Stelle der pekuniäre Aspekt, die Ermöglichung von Konsum steht. Vor allem für Dinge, die als Statussymbole fungieren (Handy, MP3-Player, Kleidung, evt. Schmuck und teilweise Autos), aber auch für die „alltäglichen Konsumgewohnheiten“ beim Ausgehen (Kino, etwas Essen und Trinken gehen) bräuchten junge Erwachsene heute eigenes Geld. Diese Dinge sind wichtig „für ein gutes Leben“, um „dabei zu sein“; mehrere Befragte schätzen sie als unverzichtbar für junge Leute ein. Zugleich wird mehrfach ein relativ hohes „Konsumniveau“ beobachtet.

Aufgrund dessen wird hier auch von einem großen Druck gesprochen, auf dem unter Jugendlichen „normalen“ Konsumniveau mitzuhalten, sich unter Gleichaltrigen zu behaupten, sich nicht als „arm“ zu zeigen und zu besitzen, was die anderen auch haben. Besonders von Seiten der Schulpsychologischen Beratung, aber auch von Seiten der meisten befragten LehrerInnen und SchulleiterInnen wird hier durchaus eine „finanzielle Enge“ oder gar „Not“ als Motiv für die Erwerbsarbeit von SchülerInnen beobachtet. Dabei geht es nur in Einzelfällen um Existenzsicherung, im Allgemeinen aber um das Mithalten auf Konsumniveau; „sie brauchen das Geld, um den Standard zu halten, der dem Durchschnitt entspricht“. Nach den Erfahrungen sei es besonders unter Kindern mit Migrationshintergrund, vielfach auch bei Kindern aus getrennten Elternhäusern oft nicht der Fall, dass die Eltern das dafür nötige Taschengeld zur Verfügung stellen können.

Ein/e weitere befragte/r SchulvertreterIn (einer humanberuflichen Schule) sieht in diesem Zusammenhang auch einen breiten gesellschaftlichen Druck, der weit über den Bereich des Konsumniveaus hinausgeht. Medien, Lehrkräfte, Arbeitgeber vermittelten einen Trend: „Weltfremdheit ist out, nur gelernt zu haben, nur auf der Schule gewesen zu sein. Außerschulische Qualifikation ist gefragt ... sie werden sehr ins Erwachsensein hineingepresst, sie müssen schon beweisen, dass sie gearbeitet haben, dass sie auch intellektuell sind, dass sie Sprachen können“. Andererseits sei „die große Welt“ der „realen Arbeit“ auch attraktiv für SchülerInnen. Gerade bei fachspezifischen Tätigkeiten, die mit dem Ausbildungsbereich in Zusammenhang stehen, lernen sie die realen Arbeitsbedingungen kennen und bekommen dadurch auch Anerkennung.

Aufgrund der Beobachtungen von finanziellen Zwängen wird von zumindest drei Befragten die Frage gestellt, wie „ehrlich“ SchülerInnen, die einem solchen Druck und auch finanziellen Zwängen ausgesetzt sind, ihre Motive zur Erwerbsarbeit angeben bzw. angeben können. Besonders die Schulpsychologische Beratung verweist hier darauf, dass Probleme im „Dunkelbereich“ verbleiben, weil sie öffentlich nicht artikuliert werden können. Da es keine Kultur des Umgangs mit Armut gibt, sei es auch schwer, sich eine finanzielle Zwangslage einzugestehen. Hinzu komme, dass in einigen Kulturen (besonders bei türkischem oder asiatischem Hintergrund) durchaus eine (vor allem für junge Frauen) kulturell begründete Pflicht bestehe, für die Familie zu arbeiten und sie zu unterstützen, dies aber niemals nach außen artikuliert werde. In manchen Fällen hätten die Mädchen bessere Jobs als ihre Mütter, die oftmals arbeitslos seien oder Hilfstätigkeiten verrichten könnten und weniger verdienten. Solche Familiensituationen sind oft mit Scham belegt. Es sei schwer, sich heute selbst Armut einzugestehen; Jugendliche aus armen Familien reduzierten ihre Ansprüche (z.B. auf Urlaub, Kultur usw.), ohne sich dabei als arm zu bezeichnen. Zwar relativiert der befragte Vertreter der Schulpsychologischen Beratung diese Aussage, weil er aufgabenbedingt vor allem von SchülerInnen kontaktiert wird, die Probleme haben; gleichwohl bestätigt sich aus dieser Perspektive nicht das Bild, dass die Erwerbsarbeit während der Schulzeit eine unproblematische Sache sei, die vor allem der eigenen Unabhängigkeit und dem Spaß bei der Arbeit diene.

IV. 2 Einschätzung der Vereinbarkeit von Schule und Arbeit

Unterrichtsbezogene Probleme durch die Erwerbsarbeit werden insbesondere von Seiten der Schulleitungen und LehrerInnen nur vereinzelt wahrgenommen. Hin und wieder kommen Schüler aufgrund ihrer Arbeit zu spät, sind müde oder führen „Verhandlungen über Randstunden“, besonders in den höheren Schulstufen. Vor allem der schulfreie Samstag hat offensichtlich das Vereinbarkeitsproblem zwischen Schule und Arbeit stark reduziert. Vor dessen Einführung, so erinnern sich einige Leitungen, gab es mehr Druck von Seiten der SchülerInnen zur „flexiblen“ Gestaltung des Unterrichts und auch mehr Fehltage.

In einigen wenigen Fällen sei man gezwungen, mit SchülerInnen „ernst“ zu reden, weil durch ihre Arbeit das schulische Fortkommen gefährdet sei. In der Regel wird in diesen Fällen versucht den Betroffenen zu verdeutlichen, dass eine abgeschlossene Ausbildung wichtiger sei als das kurzfristige Geld und „es mit Konsumverzicht wenigstens erst einmal zu versuchen, bis die Abschlussprüfungen bestanden sind“. Ein gewisses Potenzial für Drop-out von SchülerInnen oder – so zumindest beobachtet von Seiten der AHS - für das Wiederholen eines Schuljahres wird demnach gesehen, zumal – nach Ansicht der InterviewpartnerInnen - Leistungsschwächen mit Fehlstunden korrelieren, die zum Teil durch Erwerbsarbeit zustande kämen.

Dabei wird jedoch von nahezu allen Befragten darauf hingewiesen, dass die Problematik der Vereinbarkeit von Schule und Arbeit sehr differenziert betrachtet werden muss. Zum einen wird bei einer Mehrheit von SchülerInnen beobachtet, dass sie keine schulischen Schwierigkeiten durch ihre Erwerbstätigkeit bekommen, wenngleich dabei natürlich auch (geringere) Leistungseinbußen entstehen können. Zum anderen handelt es sich offensichtlich auch bei denjenigen Schülern, die ernste Schwierigkeiten in der Schule bekommen, um multiple Problemlagen. Die Erwerbsarbeit ist dann ein Faktor unter anderen (wie die familiäre Situation, Drogenkonsum oder abgebrochene Beziehungen usw.). Mehrere Befragte weisen darauf hin, dass es eher die Party-Nächte, der damit verbundene Konsum von Alkohol und Drogen und die darauf folgende Müdigkeit oder auch viel Zeit im Zusammenhang mit Computerspielen sind, die der Aufmerksamkeit im Unterricht schaden.

Ein Vertreter der Schulpsychologie sieht in diesem Zusammenhang aber durchaus einen höheren Druck durch Erwerbsarbeit entstehen. Normalerweise steht den SchülerInnen der Samstag zur freien Verfügung. Wenn an diesem gearbeitet wird, fehlt er zur Regeneration. Zugleich würden SchülerInnen eben nicht ohne weiteres auf das Ausgehen verzichten (können), sodass durchaus mit der Arbeit die Zeit zur Regeneration und zum Lernen knapper wird und ein erhöhter Druck entsteht.

Die Vereinbarkeitsproblematik so insbesondere die Befragten aus dem Bereich der AHS ist aber auch in Bezug auf die Art der Tätigkeiten differenziert zu betrachten. So seien Nachhilfestunden geeignet, Unterrichtsstoff für sich selbst besser zu begreifen, oder abendliches Babysitten böte Zeit zum Lernen. Manche SchülerInnen würden auch Telefonbefragungen durchführen, bei denen sie sich die Zeit frei einteilen können, so dass sie je nach Belastung mehr oder weniger und nach eigener Zeiteinteilung arbeiten könnten. Schwieriger sei das bei Jobs in Supermarktketten o.ä.

Zusammenfassend lässt sich aus den Aussagen der Interviewten der Schluss ziehen, dass bei einigen SchülerInnen durchaus Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Schule und Arbeit beobachtet werden und diese zu Wiederholungen bis hin zu Abbrüchen führen können, dass es sich dabei jedoch nicht um ein „Massenphänomen“ handelt, sondern eine Mehrheit der SchülerInnen beide Bereiche relativ gut miteinander vereinbaren kann, wenn auch mit eventuellen Leistungseinbußen. Diesbezüglich deuteten mehrere Befragte ein Interesse an weitergehenden Forschungen an, mit denen die Auswirkungen der Arbeit auf das Leistungsniveau der Schüler genau zu untersuchen wären.

IV. 3 Einschätzung des pädagogischen Potenzials sowie der didaktischen Möglichkeiten zur Einbeziehung der Erfahrungen in den Unterricht

Bis auf zwei (aus den Bereichen Schulpsychologische Beratung und kaufmännische Schulen) sehen alle Befragte positive Effekte durch die Arbeitserfahrungen der SchülerInnen. Dabei werden verschiedene Aspekte betont: Die Arbeit böte Gelegenheit, Grundkompetenzen bzw. Arbeitstugenden zu erlernen (Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, sich mit anderen MitarbeiterInnen arrangieren, Anpassungsfähigkeit). SchülerInnen, die viele Erfahrungen sammeln, erwerben sich so „Wettbewerbsvorteile“. Darüber hinaus so wird es von einer Schulleitung (HTL) auf den Punkt gebracht könnten die SchülerInnen erfahren, „was man für sein Geld leisten muss“, sie könnten die „Wirklichkeit“ kennen lernen und „sich die Flausen aus dem Kopf schlagen“. Das „echte Leben“ ginge oft an den SchülerInnen vorbei, weshalb sie manchmal auch den Wert eines Schulabschlusses unterschätzten. Deshalb wird auch bei einfachen Arbeiten ein gewisser Bildungseffekt gesehen, weil sie dann bemerken könnten, „dass sie mehr wollen als Kartoffeln schälen“. Auch aus dem Blickwinkel der BMHS mit wirtschaftlicher/touristischer Ausrichtung, wo Arbeit in der realen Welt als „Hardcore“ bezeichnet wird, bilde die Praxis, macht die SchülerInnen „ruhiger, erwachsener“.

Auch für den Unterricht selbst werden positive Effekte gesehen. Besonders von Seiten der HTL, aber auch der anderen Schultypen sieht man in dem verstärkten Konnex zwischen Schule und Arbeitswelt ein Potenzial. So verweisen die interviewten AHS-VertreterInnen auf den Wert von „Erfahrungen aus erster Hand“ für alle SchülerInnen wie auch für die LehrerInnen. Möglichkeiten, diese einzubringen, gäbe es mehrfach im Unterricht, wo Themen wie Arbeitswelt, Berufsorientierung, Arbeitsrecht usw. in verschiedenen Fächern Platz haben. Für den Unterricht seien dabei die positiven wie auch negativen Erfahrungen wertvoll, wenn sie aufgegriffen und diskutiert werden könnten. Darüber hinaus wurden auch indirekte

Rückkopplungen beobachtet: So z.B. bei einer Schülerin, die in der Arbeit unerwartet Französisch sprechen musste, das sie vorher nie als wichtig erachtet hatte, oder bei türkischen Jugendlichen, die im Handyladen zwischen Deutsch und Türkisch übersetzten. Solche Anknüpfungspunkte zwischen Unterrichtsstoff und realer Arbeitswelt verleihen Auftrieb und Motivation, sie geben dem schulischen Lernen mehr Sinn: Die SchülerInnen „merken, dass sie vielleicht ein Potenzial haben, das sie bisher nicht beachtet haben“.

Um die Erfahrungen der SchülerInnen in der Schule einzubeziehen und fruchtbar zu machen, wird grundsätzlich ein Wissen und Bewusstsein von Seiten der LehrerInnen und eine positive Einstellung bzw. ein offenes Klima zum Thema Arbeit während der Schulzeit als wichtig erachtet. Es ginge darum, die Erfahrungen zunächst einmal zu reflektieren und die aus der Arbeitswelt erwachsenden Fragen nicht zu negieren, sondern in der Schule offen anzusprechen. In diesem Sinne wird der Erwerbstätigkeit ein Potenzial zur Synergie mit dem Unterricht zugeschrieben wenn sie gut „begleitet“ wird. Dem gegenüber sehen die Befragten in fachlicher Hinsicht kaum Möglichkeiten, die Arbeitserfahrungen im Unterricht zu nutzen. Im Bereich der technischen und touristischen BMHS sei diese Verknüpfung von fachspezifischen Berufserfahrungen und Unterricht vorrangig durch Pflichtpraktika hergestellt. Darüber hinaus und bei den anderen Schularten werden die Tätigkeiten als fachlich zu wenig gehaltvoll und zu unstrukturiert angesehen, um im Fachunterricht systematisch einbezogen zu werden.

Von allen Befragten werden auch Bedenken und negative Effekte des Phänomens Erwerbstätigkeit von SchülerInnen geäußert. Diese bezieht sich einerseits auf die Leistungsfähigkeit der SchülerInnen, deren Belastungsfähigkeit wie bereits oben erwähnt durch die Erwerbstätigkeit nicht überschritten werden dürften, was allerdings in einigen Fällen beobachtet wird. Andererseits wird hier mehrfach die rechtlich bedenkliche Grauzone angesprochen, in der sich die meisten Jobs von SchülerInnen bewegten. Nach Erfahrungen der Schulpsychologischen Beratung ist wohl die Mehrheit der Jobs von SchülerInnen „kaum korrekt“. Mehrere SchulleiterInnen von BMHS bemängeln die geringen fachlichen Anforderungen und eine fehlende pädagogische Qualität solcher Jobs, dass SchülerInnen hier nicht konsequent angelernt und betreut werden. Zudem sehen hier mehrere Befragte einen Subarbeitsmarkt entstehen, der die bestehenden Arbeitsmarktregelungen aushöhlt. Mehrfach wird auch berichtet, dass es für SchülerInnen zusehends schwieriger wird, Stellen für fachspezifische Pflichtpraktika zu finden, während offensichtlich immer mehr unqualifizierte „Jobs“ auf dem Markt angeboten würden.

Grundsätzlich wird also die stärkere Verbindung von Schule und Arbeitswelt positiv bewertet, zumal es ähnliche Bestrebungen von Seiten der Schulen gibt. In den Augen der meisten PädagogInnen werden hier Erfahrungen gemacht, die wenn gut begleitet und reflektiert für die Bildung der SchülerInnen, für den Unterricht selbst und auch für den Übergang in die Arbeitswelt durchaus wertvoll sein können. Die Bedingung dafür ist allerdings, dass diese Arbeit in einem sinnvollen, lernförderlichen Rahmen bleibt, sodass die jeweils individuellen Leistungsgrenzen der SchülerInnen nicht überschritten werden. Dies ist nach den Beobachtungen der Befragten zwar mehrheitlich, aber nicht durchgängig der Fall, wobei zu vermuten ist, dass die oben erwähnte „finanzielle Enge“ von SchülerInnen hierfür verantwortlich ist. Zudem gibt es auf Seiten der PädagogInnen auch ein „weines Auge“ zu dem Gesamtphänomen, weil hier eingeschätzt wird, dass die ausgeübten Tätigkeiten mehrfach im arbeitsrechtlichen Graubereich anzusiedeln sind, wenig pädagogischen Gehalt haben und kaum fachspezifisch strukturiert werden können.

IV. 4 Einschätzung eines Bedarfs an Unterstützungsmaßnahmen bzw. Veränderungen im Schulsystem

Im Prinzip - wenn auch mit den oben aufgeführten Einschränkungen - stehen alle befragten PädagogInnen und PsychologInnen der Entwicklung positiv gegenüber, Schule und Arbeitswelt bzw. Praxis stärker zu verbinden. Leitungen aus dem Bereich der Schultypen, die bereits eine starke Praxisorientierung in der Schule systemisch verankert haben (BMHS), sind damit mehrheitlich zufrieden. Offensichtlich, so ein Vertreter der Schulpsychologie, ist eine Erwerbstätigkeit neben dem Unterricht bereits in einem erheblichen Umfang möglich; der Freiraum im Bildungssystem sei demnach vorhanden. Darüber hinaus wird von den interviewten PädagogInnen zum einen vor allem eine höhere „Qualität“ der Erwerbstätigkeit von SchülerInnen gefordert, um die Erfahrungen besser für die Ausbildung nutzen zu können. In eine zweite Richtung zielen dann Vorschläge zu Maßnahmen, die vor allem die SchülerInnen vor Überlastungen, vor Wiederholungen und Abbrüchen schützen sollen.

Vereinzelt gibt es Wünsche bzw. Vorschläge für eine stärkere systematische Verschränkung von Schule und Praxis. Die Leitung einer HTL sieht den Übergang ins Berufsleben als etwas zu abrupt an und wünscht sich für höhere Jahrgänge eine stärkere Kooperationen mit der Wirtschaft und die Verlagerung eines Teils der Ausbildung in die Betriebe, um einen gleitenden Einstieg in den Beruf herzustellen. Dazu seien die derzeitigen Praktika zu kurz. Ähnlich argumentiert die Leitung einer kaufmännisch ausgerichteten Schule: Praxiselemente sollten auch hier ähnlich den HTL früher als bisher in die Schule einbezogen werden; dies sei im kaufmännischen Bereich noch nicht so entwickelt.

Die VertreterInnen der AHS sehen keinen Bedarf an systemischen Veränderungen, da bereits ausreichend Freiraum und Anknüpfungspunkte im Unterricht vorhanden sei. Hier ginge es vielmehr darum, zwei bis drei LehrerInnen pro Schule zu gewinnen, die den Themenbereich Arbeitswelt kontinuierlich im Unterricht aufnehmen und dabei die Erfahrungen der SchülerInnen systematisch einbeziehen würden. Dazu sei bereits ein Portfolio am Pädagogischen Institut erarbeitet worden, das LehrerInnen an den AHS als Instrument im Unterricht dienen kann. Mit solchen Instrumenten ließe sich das Bewusstsein bei LehrerInnen und SchülerInnen dafür stärken, dass Erfahrungen aus der Arbeitswelt etwas Wertvolles auch für den Unterricht seien.

Der größte Veränderungsbedarf wird allerdings auf der Seite der Erwerbstätigkeit gesehen. Hier geht es zum einen um eine stärkere fachliche Strukturierung der Tätigkeiten, die die Bedingung dafür wäre, den Konnex zwischen Berufswelt und Schule pädagogisch besser nutzen zu können. Dazu wäre auch eine bessere Betreuung im Job wichtig. Aufgrund der gegenwärtigen Schwierigkeiten, über solche Maßnahmen mit der Wirtschaft zu verhandeln, handle es sich hier jedoch, wie es eine Befragte ausdrückte, um „ein utopisches Element“. Zum anderen sieht die Mehrheit der Befragten die rechtliche Regelung zum Schutz der SchülerInnen in ihren Arbeitsverhältnissen als grundlegend an. Hier versteht sich die Tourismusbranche als Vorreiter für solche Regelungen. Zusammen mit einer besseren Betreuung in der Arbeit sowie eine systematischere Begleitung durch die Schule könnten dadurch auch die SchülerInnen besser vor eventueller Überlastung geschützt werden.

Das Plädoyer für mehr Systematisierung der Tätigkeiten und rechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ist jedoch nicht unbedingt als Vorschlag zu verstehen, Arbeitserfahrungen für alle Schüler verpflichtend zu fordern. Ein interviewter Schulpsychologe warnt vor einer Generalisierung: „Ermöglichen wäre gut, Zwang zu mehr Arbeit nicht“. Es gäbe schließlich auch andere unbezahlte Möglichkeiten,

wertvolle Erfahrungen zu machen, so in Vereinen, Jugendclubs, als freie Programmierer usw. Diese Tätigkeiten müssten genauso anerkannt werden.

Die weiteren Vorschläge beziehen sich auf den Schutz der SchülerInnen vor Überlastung und die Vermeidung von Wiederholungen und Abbrüchen. Aus Sicht der schulpsychologischen Beratung ist es zu allererst wichtig, die Härtefälle zu erkennen und anzuerkennen, um sie dann im Einzelfall gezielt zu unterstützen. Unter Umständen wäre dazu auch eine bessere finanzielle Unterstützung nötig. Weiterhin wird von der Leitung einer HTL angesprochen, dass es „keine Kultur der Zwischenabschlüsse“ gäbe und deshalb dazu käme, dass SchülerInnen ein ganzes Jahr wiederholen müssen, nur weil sie eine Teilleistung nicht erbracht haben. Vermehrte Wiederholungen führten jedoch auch zu Abbrüchen, obwohl es hier nicht unbedingt an der Leistungsfähigkeit des Schülers bzw. der Schülerin liege, sondern möglicherweise an einer belastenden Lebenssituation, u.U. durch Erwerbstätigkeit. Es wäre daher sinnvoll, Möglichkeiten des „Nachbesserns“ von nicht erbrachten Teilleistungen einzuräumen, ohne die Schulstufe wiederholen zu müssen. Noch grundlegender fordert ein Schulpsychologe, die Plätze im Ausbildungssystem wieder stärker der Begabungs- und Leistungsfähigkeit der Jugendlichen anzupassen, um Überlastungssituationen und Abbrüchen vorzubeugen.